

Ausschuss für Bildung und Soziales
des Schwarzwald-Baar-Kreises
Sitzung am 21.10.2019

Drucksache Nr. 032/2019 öffentlich

Lehrerversorgung an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren im Schwarzwald-Baar-Kreis

Anlagen: 1

Gäste: -

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales am 03.06.2019 hat die Verwaltung über die unzureichende Lehrerversorgung an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) im Schwarzwald-Baar-Kreis berichtet (Drucksache Nr. 238/2019).

Der Ausschuss hatte daraufhin die Verwaltung mit der Vorlage eines entsprechenden Resolutionstextes beauftragt, dem in der Kreistagssitzung am 15.07.2019 (Drucksache Nr. 255/2019) zugestimmt wurde. Die Übergabe der Resolution an die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Susanne Eisenmann erfolgte ein paar Tage später durch Herrn Landrat Hinterseh.

Mit Schreiben vom 27.08.2019 hat Frau Dr. Eisenmann auf die Resolution reagiert und im Ergebnis angedeutet, dass sich trotz eines entsprechenden Maßnahmenpaketes die prekäre Lage an den SBBZ „leider erst schrittweise bis zum Jahr 2024 langfristig entspannen wird“ (Anlage 1).

Diese Aussage trifft auch im aktuellen Schuljahr leider für alle SBBZ in der Trägerschaft des Schwarzwald-Baar-Kreises zu. Auch alle in der Sitzung von Frau Rösner genannten Maßnahmen des Staatlichen Schulamtes halfen nicht, die Lage an unseren SBBZ zu entspannen. Weiterhin müssen extrem große Klassen gebildet werden, um die wöchentliche Unterrichtszeit mit dem vorhandenen Lehrpersonal einigermaßen abzudecken.

Reserven sind zurzeit keine vorhanden. Erkrankungen oder Schwangerschaften von Lehrkräften mitten im Schuljahr führen zwangsläufig zu Unterrichtsausfällen und bedeuten zumeist auch für die Eltern eine schwierige Situation.

Nach Erstellen der Sitzungsvorlage findet noch ein weiteres Gespräch mit der Schulaufsicht statt. Die Verwaltung wird über das Gespräch und über den aktuellen Stand

zur Lehrerversorgung an den SBBZ in der Sitzung berichten.

Der Ausschuss für Bildung und Soziales wird um Kenntnisnahme gebeten.